

Historische Schranken der Kapitalwirtschaft und die Frage nach der konkreten Alternative von Horst Müller

»Wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine Klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfinden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie.« (Marx) In diesem Sinne versucht auch Horst Müller eine nachkapitalistische Transformationsperspektive zu begründen, die in der gegenwärtigen Diskussion um Reformalternativen und Sozialismuskonzeptionen für das 21. Jahrhundert sowohl den Horizont linkskeynesianischer Wirtschaftskonzeptionen überschreitet, als auch in bestimmten Punkten die Marxsche Kapitalismusanalyse weiterdenkt.

Das System ist am Ende, die Frage ist: Was kommt danach?
Immanuel Wallerstein

In jüngerer Zeit mehren sich kritische Untersuchungen und Stellungnahmen zur systembedingten Prekarität, zu den Krisen und Katastrophen der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Auch die damit verschwisterte affirmative Wirtschaftswissenschaft sieht sich von verschiedener Seite in Frage gestellt. Aber selbst die eindringlichsten Kritiken leiden unter dem Mangel, dass eine fundierte, konkrete Alternative nicht angegeben werden kann. Diese Alternativlosigkeit wurde besonders im Zusammenbruch der Sozialismusexperimente des 20. Jahrhunderts offenbar. Heute wird die Frage nach dem realmöglichen Anderen angesichts der neoliberalen Globalisierung und bedrohlicher zivilisatorischer Verfallserscheinungen, angesichts der Entfaltung eines neuen Imperialismus und eines andauernden Weltkrisenszenarios im buchstäblichen Sinne existenziell.

Methode und Gegenstand der Wissenschaft der politischen Ökonomie

Bei der Frage nach der Alternative ist es kaum zielführend, einfach im Wege abstrakter Negation auf alternative Institutionen zu schlussfolgern oder das Bild der zukünftigen Gesellschaft wie ein Puzzle aus einem theoriegeschichtlich reich gefüllten Reservoir gängiger Sozialismuskonzeptionen zusammenzusetzen. Ein geschichtsmaterialistisch tragfähiger Ansatz kann meiner Ansicht nach nur durch eine wert- und reproduktionstheoretische Modellierung des kapitalwirtschaftlichen Kernsystems selbst gefunden werden, die dessen problematische Konstitutionsmerkmale und Prozesstendenzen verrät und auf diese Weise den realistischen Ausgangspunkt einer möglichen Entwicklungsbewegung repräsentiert. Daran kann dann mit dialektischer Phantasie und mit einer gesellschaftsgeschichtlich gehaltvollen Fragestellung angeknüpft werden, um letztlich eine Transformation der kapitalwirtschaftlichen Reproduktionsordnung zu modellieren. Tatsächlich bedeutet diese Vorgehensweise, die traditionelle Kritik der politischen Ökonomie durch eine nicht spekulative, sondern praxisanalytisch und geschichtsmaterialistisch fundierte Utopistik der politischen Ökonomie zu überschreiten.

Diese Arbeitsperspektive mag Kapitallogikern und marxistischen Krisentheoretikern fremd erscheinen. Aber es gibt in dieser Denkrichtung bereits eine Reihe produktiver Beiträge, beispielsweise Immanuel Wallersteins »Utopistik«, verschiedene Beiträge zur Frage eines »Sozialismus im 21. Jahrhundert« oder auch Walden Bellos »De-Globalisierung«. Hinzu kommen Anregungen aus der sich gegenwärtig intensivierenden Diskussion zu Fragen einer solidarischen Ökonomie oder Wirtschaftsdemokratie, überhaupt Überlegungen über »Chancen für eine alternative Entwicklung« und letzten Endes eine »sozialistische Transformation«, schließlich auch Überlegungen zum Konzept einer »Alternativen Weltwirtschaftsordnung«. Eigene Analysen auf diesem Feld umschreibt der Titel »Sozialwirtschaft als Systemalternative zur Kapitalwirtschaft«.

Der anvisierte dialektische Formwandel der Praxis bleibt freilich eine abstrakte Idee, wenn nicht so oder so die bestimmten, materialen Aspekte des Novums einer ökonomisch und zivilisatorisch höheren Reproduktions- und Sozialform gefasst werden. Eben darum dreht sich buchstäblich alles, es ist das implizite Telos aller ernsthaften Kapitalismuskritik und bedeutete letztlich die Lösung des Rätsels, das die Marxsche und marxistisch inspirierte Kapitalismuskritik bis heute hinterlassen hat.

Erschließungskraft und Defizite der Marxschen Analytik

Meines Erachtens liegt der tiefere Grund, warum Marx, der doch immer wieder zu Vorausblicken ansetzte, letztlich zu keiner positiven Alternative kam oder in seiner Situation nicht kommen konnte, in der seinerzeit naheliegenden, aber eben historisch situierter Konzeptualisierung der industriewirtschaftlichen Warenproduktion als Totalität des Reproduktionszusammenhanges. Marx hat in diesem Zusammenhang andere, nicht unwesentliche, aber seinerzeit noch marginale Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit als für die Mehrwertgewinnung »unproduktiv« identifiziert. Letztere spielten dann für die Marxsche und für nahezu alle nachfolgenden marxistischen System- und Tendenzanalysen keine bedeutende Rolle mehr.

Tatsächlich rangiert nach wie vor in der herrschenden Praxis als mehrwertproduktiv letztlich nur Arbeit im Zusammenhang der kapitalwirtschaftlichen Warenproduktion, die nach heutigem Verständnis etwa auch unternehmensnahe Dienstleistungen einschließt. Demgegenüber werden andere gesellschaftlich notwendige oder sinnvolle Tätigkeiten, vor allem sozial-kulturelle und infrastrukturelle Produktionen, die ich zusammenfassend als »sozialwirtschaftliche Dienste« bezeichne, als mehr oder weniger geduldeter Staatsverbrauch, als sozialer und kultureller Unkostenbereich, also eher als Ballast, Übel oder Luxus behandelt und in neuerer Zeit zunehmend - kapitalistisch letztendlich konsequent, gesellschaftlich gesehen sinn- und sozialwidrig - unter das Kapitalverhältnis gezwungen. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen über die Aushöhlung des Sozialstaats, zum Thema Senkung der Lohnnebenkosten und Privatisierung des Öffentlichen betreffen genau diesen Punkt: Hinter den verwirrenden Phänomenen des Wirtschaftslebens wird hier eine systemisch inhärente, gesellschaftlich hochwirksame Fehlkalkulation und -allokation der Kapitalwirtschaft sichtbar.

Dieses Systemdefizit gewinnt offenkundig unter den heutigen, weiterentwickelten historischen Bedingungen eine besondere Bedeutung: Die höchstentwickelten Wirtschaftsgesellschaften weisen eine durch Automation und Informatisierung auf die Spitze getriebene organische Zusammensetzung auf, tendieren zu einer Überakkumulation des Kapitals und damit einhergehender Profitklemme, die eine chronisch gewordene Wachstumsschwäche im Inland nach sich ziehen. Die relative Überproduktion zwingt, wie im Falle Deutschlands, gegebenenfalls mit zunehmender volkswirtschaftlicher Disproportionierung, in den Export und in die Globalität, wo sich besondere Verwertungschancen bieten. Unter den Bedingungen einer inländischen Wachstumsklemme und sich auf absehbare Zeit mehr und mehr verschärfender internationaler Konkurrenz muss sich aber der Druck auf die Arbeitsbevölkerung und zugleich auf die sozialwirtschaftlichen Dienste sowie den Staat als deren Garanten verstärken. Wir sind Zeugen eines Rückbaus sozialer und zivilisatorischer Errungenschaften, einer weitertreibenden Deformation des Gesellschaftlichen, die im »Neusprech« unserer Zeit Reform und Modernisierung heißen.

Die kurze Skizze verweist auf die grundlegende Marxsche Analyse des Kapitalverhältnisses, die den historischen Charakter der auf dem »Verwertungs«-Kalkül des »Kapitals« beruhenden Produktionsweise identifiziert. Aufgrund der Offenlegung des Systemkerns, durch ihre Kritik der Entfremdungen der modernen Lebens- und Gesell-

schaftsform, durch die Erklärung der Zusammenhänge des Reproduktionsgeschehens, auch der tendenziell repressiven Behandlung der sozialwirtschaftlichen Dienste unter dem Kapitalregiment, sowie durch die Enthüllung der Treibkräfte der Globalisierung bleibt die Marxsche Theorie eine maßgebliche Quelle aller realen Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft.

Aber in anderer Hinsicht hinkt die von Marx entwickelte und seither im Kern mehr oder weniger unveränderte Modellierung der kapitalistischen Verhältnisse der realen wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung hinterher: Im fortgehenden 20. Jahrhundert haben sich die von Marx noch als kapitalwirtschaftlich unproduktiv klassifizierten Teile gesellschaftlich notwendiger oder sinnvoller Arbeit als sozusagen zweite Hälfte der Wirtschaft kristallisiert. Die Staats- und Sozialquote aller entwickelteren Volkswirtschaften beträgt 40-60% und stellt sich als Indikator eines wirtschaftsgeschichtlich zweiseitigen Megatrends dar. Dieser führt einerseits zu einer enormen Verringerung gesellschaftlicher Arbeit im Bereich der industriewirtschaftlichen Warenproduktion und auf der anderen Seite zu einer tendenziellen Ausweitung der Arbeit an den allgemeinen und gemeinsamen, institutionellen und infrastrukturellen, sozialstaatlichen und kulturgesellschaftlichen Grundlagen. In anderem Zusammenhang wurde dazu auch bemerkt, dass das eigentliche Resultat der Industrialisierung in der Urbanisierung besteht. Es handelt sich um eine zivilisatorische Haupttendenz der kapitalistischen Produktionsweise.

Die konkrete Situation zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist aber nun dadurch gekennzeichnet, dass das kapitalwirtschaftliche System die positive wirtschaftsgeschichtliche Tendenz aufgrund seines beschränkten ökonomischen Kalküls und des umrissenen, inzwischen erreichten Aggregatzustandes nicht mehr positiv weiter verfolgen kann. Daher die Abdrängung der für die Kapitalwirte überflüssig gewordenen Bevölkerung in ein Abseits, die Erpressung des Sozialstaats, die Suche nach einer systemkonformen Lösung durch Privatisierungen und vor allem die Nutzung noch nicht blockierter Verwertungschancen durch Expansion in den globalen Markt, Inwertsetzung von Mehrprodukt durch gegenseitigen Austausch und eine aggressiv konkurrierende Infiltration aller Weltregionen.

Mit Blick auf diese widersprüchlichen Tendenzen zeichnet sich die Einsicht ab, dass die historische sozialökonomische Entwicklung im fortschreitenden 20. Jahrhundert eine fundamentale Veränderung des Reproduktionsgefüges mit sich gebracht hat. Diese wird aber durch die klassische, industriezentrierte Modellierung nicht angemessen abgebildet und anscheinend auch durch die herkömmliche Interpretation des sozialstaatlichen Kapitalismus als erledigte wirtschaftsgeschichtliche Episode und nur vorübergehendes Zugeständnis der Kapitalmacht nur sehr unzureichend erfasst.

Demgegenüber möchte ich im weiteren aufzeigen, dass gerade in der Öffnung für die jetzt systemisch konterkarierte, aber geschichtlich fortschrittliche Tendenz der entscheidende Punkt für einen möglichen Systemwandel und zur Aufhebung eines ganzen Bündels anderer Dilemmata besteht, welche die herrschende Wirtschaftslehre zu Naturkonstanten zählt, als Schicksalsgegebenheit bestätigt oder wie Glaubensartikel vorträgt. Vielleicht wird so auch ein tragfähiger Ansatz zur Behandlung der Frage gewonnen, inwiefern sich eine entsprechende Systemtransformation der kapitalwirtschaftlichen, neoliberal verschärften Globalisierung entgegenstemmen kann.

Zur Rekonzeptualisierung des Reproduktionsprozesses

Zur Analyse der veränderten Gegebenheiten und bestehenden Möglichkeiten schlage ich eine wesentlich erweiterte Konzeptualisierung der Reproduktionsverhältnisse vor:

Die Arbeit an den allgemeinen und gemeinschaftlichen Bedingungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ist als eine neue Wirtschaftsabteilung, die der »sozialwirtschaftlichen Dienste« im Unterschied zur »industriewirtschaftlichen Warenproduktion« zusammenzufassen. Nur letztere hat Marx, inspiriert von Quesnay, in seinem zweigliedrigen Reproduktionsschema erfasst. Unter Einbeziehung des Staates, der heute zwingend notwendig, durch Steuern und Haushalte, den Wirtschaftskreislauf vermittelt und mitdisponiert, konfiguriert sich so in Überschreitung der klassischen kapitaltheoretischen Reproduktionsordnung ein dreistelliger ökonomischer Gesamtprozess.

In der für die Analyse unterstellten reinen Grundform, also zunächst abgesehen von vielfach praktizierten ökonomischen Mischformen und verschiedenartigen wirtschaftlichen Organisationsmöglichkeiten, werden sozialwirtschaftliche Dienste aus gesellschaftlichen Fonds wie öffentlichen Haushalten oder der Sozialversicherung finanziert. Es geht etwa um die Bereitstellung von allgemeinen Infrastrukturen der Ver- und Entsorgung, des Verkehrs, der Kommunikation oder auch um Wissenschaft und Forschung, um die Erfüllung zivilisatorischer Anforderungen hinsichtlich der Erziehung, Bildung und des Kulturlebens, um gemeinschaftliche Bedarfe hinsichtlich Wohlfahrt, Gesundheit und Pflege, um die Herstellung einer positiven Umweltsituation der Gesellschaft, um Aufgaben gesellschaftlicher Selbstorganisation wie staatliche Gesamtverwaltung, Rechtswesen oder Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene, nicht zuletzt um Aufgaben aus gesellschaftlicher Selbstverpflichtung hinsichtlich internationaler Institutionen und bezüglich internationaler Partnerschaften.

Im Hinblick auf das rekonfigurierte Szenario stellt sich die Aufgabe einer Analytik, die vom Marxschen wert- und reproduktionstheoretischen Forschungsansatz inspiriert ist und zugleich den Fokus auf die Widersprüchlichkeit des Praxisprozesses richtet. Diese Analytik kann hier nicht im einzelnen behandelt werden, wurde aber an anderer Stelle begonnen und führte zu einer zentralen Hypothese, die die Forschung im weiteren anleiten kann: In der umrissenen dreistelligen Konfiguration prozessieren zwei verschiedene, im Grunde antagonistische Praxisperspektiven gleichzeitig. Einerseits die noch vorherrschende kapitalwirtschaftliche, in der die Funktions- und Betriebsweise der herrschenden Produktionsform mit allen spürbaren Konsequenzen zur Geltung kommt, sowie eine andere, noch mehr oder weniger latente, aber zu gesamtwirtschaftlichem Zusammenschluss und erstarkender Ausprägung drängende sozialwirtschaftliche Prozessfigur, in der sich eine formsprengende Tendenz und emanzipatorische Kraft manifestiert: Wir haben sozusagen mit einer hybriden Ökonomie zu tun.

Das Realutopische liegt demnach nicht jenseits einer historischen Bruchspalte und muss nicht als apriorische Systemkonstruktion aus der Taufe gehoben werden. Es bildet sich vielmehr, im Sinne eines subjektiv-objektiven Produktivkraftensembles, ein Transformationspotential im Schoße des Gegebenen. Dieses wird allerdings ohne methodologisch erweiterte Zurüstung, rein im Blickwinkel traditioneller Kritik oder bei Zugrundelegung der klassischen Reproduktionsmodellierung nicht sichtbar.

Eine Leitthese für den Fortgang der Untersuchung

Mit der soweit entfalteten Problemexposition ist noch nicht die Frage konkret beantwortet, was denn nun die spezifische ökonomische Formbildung kennzeichnet, die vielleicht im Zuge einer weitergehenden Emanzipation eines sozialwirtschaftlichen Produktivkraftensembles, im Gegenzug gegen den dilemmatischen industriewirtschaftlich-kapitalwirtschaftlichen Prozess, freigesetzt werden kann. Aber aus der Einsichtnahme des erweiterten Reproduktionsszenarios, mit Blick auf die unmittelbar sichtbare kapitalwirtschaftlich funktionale Deklassierung der sozialwirtschaftlichen Sphäre und deren gleichzeitige Tendenz zur relativen Ausdehnung und zum Bedeu-

tungszuwachs als Fundament oder Gehäuse des Ganzen kann eine grundlegende These formuliert werden:

Die ersehnte »Befreiung« der gesellschaftlichen Produktivkräfte aus der Zwangsjacke der kapitalwirtschaftlichen Ökonomik kann infolge der buchstäblichen Beschränktheit der im Kern industriewirtschaftlichen Waren- und Kapitalwirtschaft nicht allein auf der Grundlage einer Reorganisation derselben realisiert werden.

Sie verlangt vielmehr eine neue, zivilisatorisch höherstehende Selbstorganisation des gesamten Systems der gesellschaftlichen Arbeit und Wirtschaft, nämlich die Einrichtung einer Reproduktionsordnung, durch die jede Art gesellschaftlich notwendiger, als nützlich oder sinnvoll anerkannter Arbeit wirtschaftlich und gesellschaftlich zu gleicher Wertgeltung und zu einer ihrem sachlichen und gesellschaftlichen Charakter entsprechenden Verwirklichung kommt.

Im genaueren Bedenken dieser Grundthese wird erneut die Beschränktheit der kapitalwirtschaftlichen Produktionsweise und Wirtschaftsideologie und eine extreme Borniertheit des neoliberalen Programms offenbar. Aber es wird auch wieder die folgenreiche Engführung der Marxschen Wert- und Kapitalanalyse deutlich, die dann als problematische Vorausdisposition in die Versuche eingegangen ist, eine sozialistische Ökonomik im Kern als planwirtschaftlich dirigierte Warenproduktion zu organisieren. Dem entspricht noch die Disposition, die »kulturell-sozialen Bereiche« aus abgeleiteten Fonds der industriewirtschaftlichen Warenproduktion, also sekundär zu unterhalten.

Die Grundthese lässt auch die Sackgassen einer mehr oder weniger nur fortgeschriebenen Kapitalismus- oder Imperialismustheorie bewusst werden, welche – im Anschluss an die von Marx fragmentarisch hinterlassene Kritik der politischen Ökonomie – zumeist eine negatorische Kapital-, Krisen- oder auch Revolutionstheorie geblieben ist. Diese Kritik belässt, soweit sonst immer berechtigt und notwendig, die bessere Zukunft im Nebel bekannter Krisen- und Katastrophenprospekte. Wo dabei aber die konzeptuellen Denkschranken vor der Zukunft spürbar werden und die utopische Intention darüber hinaus drängt, kommt es zu überschießenden Visionen wie der eines »Endes der Arbeitsgesellschaft« oder es reicht der Blick über die Mauer nur bis zu abstrakten Generalformeln wie der einer »solidarischen und solaren Ökonomie«.

In dieser verwirrenden Situation ist verständlich, dass die greifbarer erscheinenden sozioökonomische Alternativprojekte oder auch sozioterritoriale Ansätze einer solidarischen Ökonomie an Attraktivität gewinnen. Aber diese können den in der gesellschaftlichen Reproduktionsordnung implizierten, systemischen Problemknoten der Verwertungsökonomie unmittelbar nicht lösen. Besteht vielleicht die Möglichkeit, dass sie sich umgekehrt, nach einer Lösung dieses Knotens, in einem anderen Reproduktionszusammenhang aufgehoben wieder finden? Könnten sie mit einer solchen konkreten Perspektive die gegenwärtigen politisch-ökonomischen Transformationstendenzen verstärken?

Im Hinblick auf solche Tendenzen und Bewegungen spricht die Eingangsthese implizit die Notwendigkeit eines ökonomisch-politischen Bruchs mit dem Bestehenden aus. Insofern bewegen sich aber auch die aktuellen Vorschläge für eine links-keynesianische Umsteuerung der Wirtschaftspolitik bestenfalls im Anlauf zu einer realen Problemlösung. Würde man, bildlich gesprochen, das Steuer um 180 Grad in Richtung einer Nachfrage- und Sozialorientierung, einer stärkeren gesellschaftlichen Steuerung und ökonomischen Regulierung herumreißen, so führte dies vielleicht aus den Sackgassen neoliberaler Politik heraus und milderte vorübergehend einige Drangsal. Aber man fände sich dann immer noch auf der gleichen Straße und die Frage stellte sich erneut: Wo und Wie kann endlich ein neuer Weg eingeschlagen werden?

Konstitutionsaspekte einer anderen Wirtschaftsweise

In Anknüpfung an die vorher formulierte Grundthese für eine alternative Wirtschaftsweise versuche ich einige Konstitutionsaspekte und deren Konsequenzen verständlich zu machen. In der Gestalt einer szenisch-formanalytisch durchgearbeiteten und vielleicht auch mit modernen Medien darstellbaren Transformationsbewegung der Praxis mögen diese Aspekte besser begreifbar sein. Eine operative Konkretisierung mit Bezugnahme auf reale volkswirtschaftliche Entwicklungen und Gesamtrechnungen wäre ein notwendiger zukünftiger Schritt. Dazu noch zwei Vorbemerkungen:

Erstens versteht sich von selbst, dass bei einer Analyse, welche zunächst auf den Nachweis der praktischen Möglichkeit und grundlegenden Formbestimmtheit einer nichtkapitalistischen Ökonomik zielt, nicht von einem globalen Kontext ausgegangen werden kann, etwa von einem »finanzgetriebenen Akkumulationsregime« oder vom Abstraktum eines »Weltkapitals« und einer Weltgesellschaft. Es muss umgekehrt zunächst der Typus einer hoch entwickelten Wirtschaftsgesellschaft zugrunde gelegt werden, um im weiteren auch die Fragen beantworten zu können, die sich im globalen Zusammenhang angesichts unterschiedlicher Entwicklungsniveaus und besonderer gesellschaftsgeschichtlicher Milieus stellen.

Zweitens ist festzuhalten, dass die Modellierung der Zusammenhänge historisch konkret sein muss. Dementsprechend setzt sie hier auf wirtschaftsgeschichtlich herausprozessierten Gegebenheiten auf, die anscheinende zur Signatur einer Übergangsgesellschaft gehören: einem durch Automation und Informatik geprägten Produktions- und Wirtschaftsprozesses mit hoher organischer Zusammensetzung, tendenzieller Überproduktion und einem hohen Anteil aus dem Produktionsprozess ausgestoßener, überflüssig gemachter Bevölkerung; auf hoch entwickelten sozial-ökonomischen Funktionen des Staates, der sich als ein vielgliedriges Ensemble gesellschaftlicher Organe darstellt; auf einem großen Gewicht und konstitutiver Bedeutung der urban-zivilisatorischen Existenzbedingungen und sozial-staatlicher Errungenschaften, zu der auch eine institutionell entwickelte kommunale Ebene gehört.

Demnach kann der Grundgedanke im Umriss so formuliert werden:

Die real-mögliche neue Wirtschaftsweise, eine »Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft«, beruht auf einer durch wirtschaftsdemokratische Organe auf allen Ebenen und in allen institutionellen Bereichen, durch entsprechende Steuern und Haushalte vermittelten paritätischen Inwertsetzung und zugleich auf einer Emanzipation der »sozialwirtschaftlichen Dienste« aus ihrer prekären Stellung, auf einer Freisetzung der »sozialwirtschaftlichen Form« als emanzipatorischer, gemeinwirtschaftlichen Betriebsweise und auf einer damit einhergehenden Umstimmung des gesamten Reproduktionszusammenhangs, darin eingeschlossen die »industriewirtschaftliche Warenproduktion« und deren notwendige marktformige Vermittlungen.

Die angesprochene paritätische Inwertsetzung und gesellschaftliche Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste ist der direkte wirtschaftspolitische Antagonist zur kapitalwirtschaftlichen Tendenz, die sogenannten Sozialkosten zu senken, die sozial-staatliche Regulierung zurückzudrängen und sozialwirtschaftliche Dienste zu privatisieren, das heißt in das Prokrustesbett der Verwertungsökonomie zu pressen. Praktisch bedeutet die anvisierte Neuorganisation kurz gesagt, die gesamte Abteilung der sozialwirtschaftlichen Dienste weder als Unkostenfaktor noch als eingepasste neue Profitquelle der industriewirtschaftlichen Kapitalverwertung rangieren zu lassen, sondern sie als paritätisch werteproduzierend zur Geltung zu bringen und damit als das eigentlich ausdehnungsfähige Feld gesellschaftlicher Arbeit, Produktion und Praxis zu institutionalisieren.

Demzufolge stellen beispielsweise das der Allgemeinheit offenstehende Erziehungs- und Bildungssystem ebenso wie die Bereitstellung der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur und der Betrieb öffentlicher Medien wie auch die Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten eine gesellschaftlich wie auch immer voll in Rechnung zu stellende Vorleistung für die industriewirtschaftliche Warenproduktion dar. Dieser schon wirkliche Zusammenhang kann aber nur durch eine praktische Abkehr von der primären Finanzierung durch Einkommensteuern anerkannt werden: Aus dem materialen gesamtgesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang ergibt sich die unabwiesbare Notwendigkeit, dazu auch das konstante Kapital der Industriewirte in exakt der volkswirtschaftlichen Quote direkt zu besteuern, welche der Transfer zur angemessenen Ausstattung und Ausrüstung der anderen Abteilung erfordert. Denn hier werden nicht nur Dienstleistungen im gewöhnlichen Sinn erbracht. Es finden vielmehr, wie ein modernes Krankenhaus, das Bahnverkehrssystem, ein Universitätsbetrieb oder eine Stadtverwaltung zeigen, sozialwirtschaftliche Arbeiten und Leistungen mit enormen Produktionsmittelausstattungen statt.

Bei der umrissenen Umstellung handelt es sich aber keineswegs nur um einen steuer- und finanzpolitischen Akt, sondern umgekehrt bestätigt dieser empirische Akt eine grundsätzliche Veränderung im Inneren der neuen Formierung. Diese hebt die gebrochene oder dysfunktionale kapitalwirtschaftliche Kalkulation gesellschaftlicher Arbeit auf, welche auch der Argumentation zugrunde liegt, dass höhere Steuern der Wirtschaft schaden und eine Ausweitung von sozialwirtschaftlichen Diensten nicht finanzierbar ist. Dieses in der Regel als entscheidend empfundene Argument, eine regelrechte Kultfigur der gängigen Massenindoktrination, hat aber nur in kapitalwirtschaftlicher Perspektive einen realen Hintergrund. Demgegenüber setzt die Einrichtung der sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung, in Gegenreaktion und Überschreitung kapitalwirtschaftlicher Überakkumulation und Überproduktion, neue Wertverhältnisse in Kraft, die eine Gewichtsverlagerung zu sozialwirtschaftlichen Diensten ohne steigende Staatsverschuldung und sogar mit ausgeglichenen betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bilanzen erlauben.

Es ist im gegebenen Rahmen nicht möglich, die aus der veränderten Praxisformierung erwachsenden erheblichen Konsequenzen hinsichtlich der neu in Kraft tretender Wertfunktionalitäten und insbesondere auch der Eigentumsverhältnisse und Gesellschaftsverfassung zu diskutieren. Aber einige Hinweise mögen das Gemeinte deutlicher machen:

Würden beispielsweise die Kapitalwirte oder ihre wissenschaftlichen Sykophanten reklamieren, dass die neue Steuer die Unternehmen stranguliert, so wäre darauf zu antworten, dass diese nicht dazu dient, eine Staatsbürokratie aufzublähen. Sondern sie ist zur paritätischen Inwertsetzung der auch für die »große Industrie« notwendigen und sinnvollen Arbeit der sozialwirtschaftlichen Dienste unabdingbar und verwandelt sich im übrigen in eine sozialwirtschaftliche Nachfrage, die zugleich entscheidend zur Existenzsicherung der fraglichen Produktionen beiträgt.

Oder würde vorgetragen, die erhebliche Besteuerung des konstanten Kapitals sei ein unzulässiger Eingriff in das Eigentum, so ist dem zu entgegnen, dass nichts genommen wird, was nicht durch eine unmittelbar kostenlose gesellschaftlich-zivilisatorische Vorleistung gegeben wurde. Umgekehrt muss aus sozialwirtschaftlicher Sicht ganz realistisch vorgehalten werden, dass die entsprechenden Werte des Produktionsapparates als gesellschaftlich vermittelte von vornherein gar nicht dem einzelnen Kapitalwirt gehören und wohl besser bei einer Kooperative aufgehoben wären, die diese in gesellschaftlichem Auftrag, mit gemeinnütziger Wirtschaftsführung und unter gesellschaftlicher Kontrolle verwendet. Insofern also ist die Reklamierung eines ausschließenden kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln unter

modernen Bedingungen eine Selbsttäuschung und ein einträglicher Großbetrug an der Gesellschaft, der eigentlich weder praktisch noch juridisch zu rechtfertigen ist.

Der entscheidende Punkt liegt bei alledem aber in der These, dass durch die neue Konfiguration und durch die dadurch ausgelösten Umformatierungen ein systemischer Sprung eintritt, der zu einer im Innersten grundsätzlich veränderten Wirtschaftsweise führt:

Die Lösung des Problems einer postkapitalistischen, wenn man so will sozialistischen Ökonomik besteht in einer Reproduktionsordnung, welche die Hauptabteilungen der industriewirtschaftlichen Warenproduktion und der sozialwirtschaftlichen Dienste im Zusammenhang einer ökonomischen und politischen Gesamthaushaltung komplementär und paritätisch integriert. Denn die derart veränderte Praxisformierung beruht dann nicht mehr auf einem antagonistischen Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, sondern auf einem gesellschaftlich kontrollierbaren Austausch zwischen zwei Händen der gesellschaftlichen Arbeit. Sie stellt zusammen mit der gleichzeitigen Vermittlungsrolle demokratisch legitimierter wirtschaftsgesellschaftlicher Organe, aufgrund entsprechender Betriebsverfassungen und Wirtschaftsrechnungen, Kommunalverfassungen, Haushaltssatzungen und Regulierungen, eine neue Selbstorganisation des Systems der gesellschaftlichen Arbeit, einen neuen Wirtschafts- und Gesellschaftszustand dar.

Die angedeutete real-mögliche Neuordnung kann so zu einer von der Bindung an die Kapitalerhaltung und von dem krebsökonomischen Wachstumszwang befreiten Gestalt des Wirtschaftslebens führen, die praktisch-objektiv ein andersartiges, häuslicheres Kalkül, andere Modi der Wertgeltung und Wirtschaftsrechnung impliziert:

Es ist etwas qualitativ völlig anderes, ob das ökonomische Kalkül des sich verwertenden Werts die Wirtschaftsrechnung und Wirtschaftstätigkeit regiert, oder ob die Werteproduktion und der Wertehaushalt in einem transparenten System der Selbstorganisation der gesellschaftlichen Arbeit reguliert werden. In letzterem Fall kann in materieller, inhaltlicher Hinsicht ohne den alten Kalkülzwang, also entsprechend gesellschaftlicher Bedürfnisse und Anforderungen disponiert werden.

Oder es ist etwas anderes, ob das Konkurrenzgebaren im Kampf der Kapitalverwerter bestimmend ist, als wenn demokratisch konstituierte Produzentenkollektive, denen die Gesellschaft Produktionsmittel zur verantwortlichen Nutzung überlassen hat, miteinander um verträglichere und bessere Lösungen oder auch um Belohnungen wetteifern. Oder ob ein Überschuss in der Wirtschaftsrechnung, der sich als Mehr-Wert darstellt, einen privaten Profit oder den Anteil an einer gesamtgesellschaftlichen Ersparnis repräsentiert.

Wie auch immer: Es kommt auf eine systemische Formveränderung der wirtschaftsgesellschaftlichen Basisprozesse an, welche den aus dem Krebskalkül der Kapitalwirtschaft erwachsenden Akkumulations- und Expansionszwang bricht und zugleich die jetzt noch geltend gemachten pseudokonkreten Wirtschaftsrechnungen und scheinbaren ökonomisch-politischen »Notwendigkeiten« und »Unvermeidlichkeiten« entkräftet. Ohne dies können zudem weder die Möglichkeiten noch die akuten Probleme der Globalisierung unter gesellschaftliche Kontrolle gebracht, noch die internationalen Verhältnisse und Institutionen wirklich neu gestaltet werden.

Das Ringen zwischen Kapitalwirtschaft und Sozialwirtschaft

Es sollte deutlicher geworden sein, dass die sozialwirtschaftliche Ökonomik ein im gegenwärtigen Wirtschaftsleben bereits latent angelegter, mitwirkender und gegenläufiger Prozess ist. Ihre in Ansätzen vorhandenen materiellen Potentiale, ökonomischen

Formelemente und subjektiven Klassenkräfte könnten im Zuge eines historisch längeren politisch-ökonomischen Transformationsprozesses freigesetzt und entwickelt werden. Dies bedeutet zugleich einen Grundkonflikt mit der immer noch wirk- und übermächtigen, sozial und ökologisch destruktiven kapitalwirtschaftlichen Praxisformierung.

Ein unvermittelter, totalisierender Begriff von »Kapitalismus« kann von der politisch-ökonomischen Grundsituation solcher »widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis« auch ablenken. Die zweideutige, zwielichtige gesellschaftliche Situation stellt sich dar als Ausdruck einer mit der Wende zum 21. Jahrhundert eröffneten »Übergangsperiode« mit noch nicht bekannter Dauer. Dabei verstärken die ökologischen Brandherde und Existenzprobleme, die im Zuge der kapitalwirtschaftlich vorangetriebenen Globalisierung aufbrechen, die Ungewissheit des Ausgangs.

Diese Analyse der Situation bestätigt nicht nur die linke Wirtschafts- und Gesellschaftskritik im Hinblick auf Probleme einer kapitalwirtschaftlichen Überakkumulation und hoffnungslos überflüssig gemachten Bevölkerung, im Hinblick auf eine fortschreitende soziale Polarisierung und Umweltzerstörung, hinsichtlich des Zwangs zu unnachgiebiger globaler Expansion, zur weltweiten Ausplünderung der Ressourcen sowie wirtschaftlichen Potenziale anderer Räume, bezüglich eines neuen Imperialismus.

Die Analyse verweist zugleich auf die systemisch benachteiligte Stellung der sozialwirtschaftlichen Dienste unter dem Kapitalregiment und auf die folgenreiche nicht-paritätische Organisation zwischen den ökonomischen Hauptabteilungen der industriellen Warenproduktion und der sozialwirtschaftlichen Dienste: Die notwendige Ausstattung der sozialwirtschaftlichen Sphäre mit Produktionsmitteln kann selbst auf dem kapitalwirtschaftlich reduzierten Niveau nicht zureichend aus Einkommensteuern finanziert werden. Die These lautet, dass darin eine wesentliche Quelle der heute noch wie ein unerklärliches Schicksal hingegenommenen steigenden Staatsverschuldung liegt, welche das Gemeinwesen stranguliert und die Gesellschaft durch die Folgewirkung einer ungerechten Vermögensverteilung weiter polarisiert.

Die zunehmend aufbrechenden Konstruktionsmängel und Sozialdefizite der Kapitalwirtschaft können letztlich auch durch eine keynesianisch-reformistische Politik nicht mehr abgefangen werden, sondern erfordern als konsequente Lösung die Durchsetzung einer anderen Reproduktionsordnung und damit einen Bruch mit der noch vorherrschenden Ökonomik und der ihr inhärenten Logik des wirtschaftlichen Handelns.

Das sozialwirtschaftliche Transformationskonzept orientiert, strikt im Gegenzug zur kapitalwirtschaftlichen Tendenz der Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Produktionen, auf eine »Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste« als »andere Hälfte der Wirtschaft« und lässt so in den Unruhen und Streiks im sozialen und öffentlichen Bereich, in den Kämpfen gegen neoliberale Privatisierungen einen strategischen Sinn erkennen. »Emanzipation« bedeutet deren Entfaltung als gemeinwirtschaftliche ökonomische Form und als paritätisch wertbildende Wirtschaftsabteilung. In dieser Gewichtsverlagerung und Charakterveränderung liegt, abgesehen von hinzutretenden allgemeinen Arbeitszeitverkürzungen, die grundsätzliche Lösung für das kapitalwirtschaftlich nicht mehr behebbare Beschäftigungsproblem.

Im sozialwirtschaftlichen Szenario kann über den Staat, das heißt über die Steuern und die Haushalte eines ganzen Ensembles demokratischer gesellschaftlicher Organe, ein unverkürzter Werttransfer hin zu den sozialen, kulturellen und infrastrukturellen Produktionen sozialwirtschaftlicher Dienste organisiert werden. Dieser Werttransfer verwandelt sich von da in eine effektive Nachfrage, welche das wirtschaftliche

Gleichgewicht herstellt und die Existenz industrieller Produzenten sichert. In dieser Konstellation kommen die sozialwirtschaftlichen Produktionen nicht nur einfach als gesamtökonomische und zivilisatorische Vorleistung, sondern vor allem als ausdehnungsfähiges Feld gesellschaftlicher Emanzipation zur Geltung. Im Zusammenhang einer derartigen ökonomischen Kernstruktur bleiben auch entsprechende Räume und Möglichkeiten für Bereiche des wirtschaftlichen Lebens, die sinnvoller Weise anders organisiert sein können, beispielsweise als kapitalförmige kleinere Produktionen oder als persönliche Dienstleistungen.

Der durch die neue Grundfiguration induzierte systemisch-historische Bruch besteht darin, dass an die Stelle des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, an die Stelle des Verwertungs-, Wachstums- und Expansionszwangs, eine paritätische, gleichgewichtige, wenn man so will »äquivalenzökonomische« Selbstorganisation zweier Hände der gesellschaftlichen Arbeit tritt. Diesen sind genossenschaftlich-gemeinnützige und öffentlich-rechtliche Eigentumsformen und Betriebsverfassungen angemessen, während der Gesamtzusammenhang durch demokratische wirtschaftsgesellschaftliche Organe auf allen Ebenen und in allen Bereichen vermittelt und dabei wesentlich durch deren Haushalts-Entscheidungen gesteuert werden kann und muss. Die kommunale und regionale Ebene, der unmittelbare Lebensvollzugsraum der gesellschaftlichen Individuen, kann dann eine ganz neue Rolle als Basiseinheit der gesellschaftlichen Praxis spielen.

Auf Basis einer solchen »demokratischen Wirtschaftsgesellschaft auf sozialwirtschaftlicher Grundlage«, die von einem nicht mehr auf Kapitalverwertung und Ressourcenplünderung programmierten neuen Kalkül in Sinne einer »Ökonomie der Zeit« beseelt ist, ist auch eine »De-Globalisierung« vorstellbar: In dem Maße, in dem der deformierende und aggressive kapitalwirtschaftliche Export- und Expansionszwang seine Macht verliert und sich ein sozialwirtschaftlicher Reproduktionszusammenhang konsolidiert, können der internationale Wirtschaftsverkehr und die zwischengesellschaftlichen Beziehungen auf die Grundlage von Gegenseitigkeit und Partnerschaft gestellt werden.

Ausblick

Mit den vorliegenden Überlegungen wird die traditionelle, sozusagen lineare Geschichtsprozessordnung von Systemkrise, politischer Umwälzung und erst darauf folgender politisch-ökonomischer Neugründung verlassen: Die Alternative stellt bereits innerhalb der gegebenen Formation eine wirkkräftige Realität in Latenz dar und kann in Akten der Geburtshilfe, im Verlauf einer historischen Transformationsperiode, möglicherweise zur Welt gebracht werden. Bewusstes gesellschaftliches Handeln in diesem Sinne kann sich aber nicht allein auf innere Krisen oder gar auf äußere Anstöße verlassen. Es ist erforderlich, das Neue als solches in eminent wissenschaftlicher, kollektiver Anstrengung weiter zu identifizieren und in einer politisch-historischen Auseinandersetzung gesellschaftlicher Kräfte zu initialisieren.

Was fehlt, ist in der Tat die Formulierung eines entsprechenden, vertrauenerweckend fundierten, vereinigenden gesellschaftlich-geschichtlichen Projekts. Sonst besteht die Gefahr, dass die modernen sozialen Bewegungen und Kräfte zwar weiter ein kritisches Bewusstsein kultivieren, aber mangels einer positiven Perspektive eine Protestgemeinschaft bleiben, deren schiere Größe die Gegner nicht unbedingt beeindruckt.

Auf dem Weg zu einem tiefergehenderen Begreifen der Situation und zu einer vertrauenswürdigen Programmatik bedarf es allerdings keiner großen Proklamationen, sondern verstärkter gemeinsamer Forschungsanstrengungen in schwierigsten Grundlagenfragen und auf dem Gebiet konkreter Wirtschafts- und Gesellschaftsanalysen.

Die Überlegungen zu einer »Sozialwirtschaft als Systemalternative« wollen ein zunächst prototheoretischer oder auch provozierender Beitrag dazu sein.

Ausgewählte Beiträge des Verfassers:

Bloch, Kofler und das Projekt einer utopisch-kritischen Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis, in: Jünke Christoph (Hrsg.), Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus im 20. Jahrhundert, Münster 2001, S. 212-235.

Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ, Nr. 132, Oktober 2001, S. 909-924.

Karl Marx, der Marxismus und die Philosophie der Praxis. Zur Re-Konzeptualisierung der politischen Philosophie, in: Aufklärung und Kritik, Sonderheft 10/2005, S. 179-193.

Zur Neuordnung des theoretischen Feldes der politischen Ökonomie, in: Ders. (Hrsg.), Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft, Norderstedt 2005, S. 182-206.

Sozialwirtschaft als Systemalternative, in: Ders. (Hrsg.), Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft, Norderstedt 2005, S. 254-289.

Ausgewählte Literatur zur Systemdiskussion:

Altvater, Elmar/Sekler, Nicola (Hrsg.): Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, Hamburg 2006.

Attac-AG: Alternative Weltwirtschaftsordnung. Entwurf des Grundsatzpapiers, Frankfurt am Main 2003/2004.

Bello, Walden (2002): De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung. Hrsg. von Oliver Nachtwey und Peter Strotmann, Hamburg 2005.

Bischoff, Joachim/Draheim, Hans-Georg: Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zur politischen Ökonomie einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft, Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 1/2003.

Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph: Staat, Akkumulationsregime und linke Alternativen, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 5/2006.

Cockshot W. Paul/Cottrell, Allin: Alternativen aus dem Rechner. Für sozialistische Planung und direkte Demokratie, Köln 2006.

Dieterich, Heinz: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus. 2. erw. Aufl., Berlin 2006.

Krätke, Michael R.: Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte. Marktsozialismus, Wirtschaftsdemokratie und radikaldemokratische Reformkonzepte heute, in: Zeitschrift Widerspruch, Nr. 43, Zürich 2003, S. 55-67.

Massarrat, Mohssen: Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit. Perspektiven revolutionärer Reformen, Hamburg 2006.

Steinitz, Klaus: Chancen für eine alternative Entwicklung. Linke Wirtschaftspolitik heute, Hamburg 2005.

Steinitz, Klaus: Das Scheitern des Realsozialismus, Hamburg 2007.

Vilmar, Fritz: Wirtschaftsdemokratie - Zielbegriff alternativer Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren. Onlinetext (m3206.pdf) der Memorandum-Gruppe, Dezember 2006.

Wallerstein, Immanuel (1998): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien 2002.

Wenzel, Siegfried: Erfahrungen aus dem ersten Sozialismusversuch in Europa, in: UTOPIE kreativ, Heft 133, November 2001, S. 1021-1037.

Dr. Horst Müller, arbeitet als Sozialinformatiker in Nürnberg und gestaltet das Portal www.praxisphilosophie.de